F. Sujew, Die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften des volksdemokratischen Polens. Tribüne-Verlag, (Ost-)Berlin 1954. 148 S. DM (Ost) 3,65.

Die Schrift, deren russische Ausgabe bereits 1951 im Moskauer Gewerkschaftsverlage veröffentlicht wurde, erschien zur Schulung sowjetzonaler Funktionäre im Verlage des FDGB, der u. a. auch eine Schrift über die tschechoslowakischen Gewerkschaften vorgelegt hat (so daß die darüber in ZfO 1955, S. 282—283, geäußerten grundsätzlichen Bemerkungen auch für diese Veröffentlichung gelten können).

Bereits der Titel ist recht irreführend: die Gewerkschaften sind verhältnismäßig nur kurz und eher beiläufig behandelt; das Hauptaugenmerk gilt der gesamten Staats- und Wirtschaftsentwicklung Polens nach 1945. Insofern ist die Darstellung eine gewisse Ergänzung zu dem größeren Werke „Zehn Jahre Volkspolen“, von dem eine deutsche Ausgabe in der vom Johann Gottfried Herder-Institut herausgegebenen Reihe „Wissenschaftliche Übersetzungen“ (Nr. 18) vorliegt. Wie dieses bietet auch die vorliegende Arbeit zwar eine ziemliche Fülle von Tatsachen, doch werden diese erdrückt durch die Tendenzen, die vielfach auf Kosten der Wahrheit verfolgt werden. Zu ihrer Kennzeichnung genügen wenige Beispiele. Es wird z. B. über den „sinnlosen“ Warschauer Aufstand von 1944 mitgeteilt, daß das sowjetische Oberkommando auf die Nachricht von dem Aufstande den Vormarsch beschleunigt habe und nach der Eroberung von Prag am 14. 9. 1944 in der Lage gewesen sei, „den Aufständigen unmittelbare Hilfe zu leisten. Aber die Londoner Emigrantenclique befahl ihrer Agentur, vor den Faschisten zu kapitulieren“ (S. 20). Nicht minder widerspricht den Tatsachen eine andere Behauptung über die deutschen Ostgebiete: „Zur Zeit ist der gesamte für den Anbau geeignete Boden ausgenutzt. Die westlichen Gebiete verwandeln sich in eine wahre Kornkammer Polens“ (S. 67).

Wenn die Veröffentlichung Beachtung verdient, so wohl lediglich als bequem zugängliches Muster östlicher Propaganda, deren sachlicher Inhalt aber in keinem Verhältnis zu der bei Benutzung gebotenen Vorsicht steht.

Marburg a. d. Lahn

Rudolf Neumann

Dr. Friedrich Swart, Diesseits und jenseits der Grenze, Das deutsche Genossenschaftswesen im Posener Land und das deutsch-polnische Verhältnis bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Verlag Rautenberg & Möckel, Leer (Ostfriesl.) 1954. 232 + 11 S. Anhang. Halbl. DM 8,—.

Im ostmitteleuropäischen Raum hat der genossenschaftliche Gedanke als eine Organisations- und Lebensform der Selbsthilfe, aufgebaut nicht auf Macht, Gewalt und Zwang, sondern auf freiwilliger Sammlung um ein metaphysisches Prinzip, wie den Eid, seit der Zeit der Waräger über die Hanse, die baltische Ritterschaft, die Siebenbürger Bauerngemeinden, das mittelpolnische Zunftwesen, die k. u. k. Militärgrenze und die verschiedenen kirchlichen und später konfessionellen Gemeinschaften eine besondere Ausprägung erfahren. Dieses typisch ostmitteleuropäische, national nicht gebundene genossenschaftliche Organisations- und Lebensprinzip hat auch die modernen Wirtschaftsgenossenschaften des 19. und 20. Jhs. im deutsch-polnischen Raum mit geprägt und mit getragen. Jedoch haben hier die Polen dieses an sich übernationale Genossenschaftsprinzip gleich zu Anfang — seit 1860 — bewußt als eine Möglichkeit

einer planmäßigen Sammlung, Erziehung, Förderung und sogar Ausbreitung ihres Volkstums unter fremder Staatshoheit erfaßt und genutzt. Die deutschen Genossenschaften in diesem Raum sind dem neuen Gedanken der Erhaltung und Selbsterziehung des Volkstums und darüber hinaus seiner Einordnung in die gesamte Volkswirtschaft und in das jeweilige Staatsgefüge erst viel später mit der Gründung der neuen deutschen Siedlergenossenschaften um 1900 und zum größten Teil erst nach Errichtung des polnischen Staates in Versailles gefolgt. Im Vertrauen auf die Kraft der genossenschaftlichen Gemeinschaft und auf deren verantwortungsbewußte Führung und Leitung haben dann, als der polnische Staat sich 1939 anschickte, die deutschen Genossenschaften endgültig zu vernichten, deutsche Genossenschaftler wohl zum erstenmal in der Geschichte des modernen Genossenschaftswesens ihr Hab und Gut und ihre Freiheit in der Verteidigung ihrer Genossenschaften gegen die Willkür des Staates eingesetzt und auf den Verschleppungsmärschen vor und bei Ausbruch des Krieges 1939 ihre Treue zum deutschen Genossenschaftswesen vielfach mit dem Leben bezahlt.

Mit sachlicher Nüchternheit, aber warmem Herzen berichten über dieses heute der Geschichte angehörende Genossenschaftswesen zwei führende Genossenschaftsleiter: der Posener Verbandsdirektor Friedrich Swart in seinem Werk über das Genossenschaftswesen im Posener Land im letzten Drittel des 19. Jhs bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und der Lemberger stellvertretende Verbandsanwalt Sepp Müller über das deutsche Genossenschaftswesen in Galizien, Wolhynien und im Cholm-Lubliner Gebiet von 1908—1945. Müllers Abhandlung wird anschließend besonders besprochen. Zum Verständnis der Eigenart und der Bedeutung dieses Genossenschaftswesens haben die Vf. die wirtschaftliche und politische Umwelt umrissen und damit zugleich einen wesentlichen Beitrag zu der Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses im letzten Dreivierteljahrhundert bis 1945 geleistet. Swart nennt sein Werk mit dem Obertitel „Diesseits und jenseits der Grenze“ — ein Hinweis auf die Schicksalhaftigkeit des nationalgemischten Raums — bescheiden ein Buch der Erinnerung an deutsche Arbeit und deutschen Gemeinsinn in einem seit dem Mittelalter von Deutschen und Polen gemeinsam bewohnten Gebiet. Es ist aber viel mehr. Diese in der modernen Genossenschaftsliteratur bisher einzigartige Monographie erhebt sich trotz mancher subjektiven Ansichten zum Range echter Geschichtsschreibung, immer mit dem Blick auf die gesamten volkswirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge. Kein Wissenschaftler und Politiker, der sich mit den deutsch-polnischen Fragen der Neuzeit künftig zu befassen hat, sollte an diesem Werk vorübergehen. Es wäre zu wünschen, daß bald eine entsprechende Arbeit über das deutsche Genossenschaftswesen im eigentlichen Korridorgebiet (Westpreußen, Pommerellen), welches z. T. seine Zentralen im Gebiet der Freien Stadt Danzig hatte, folgt.

Friedrich Swart, der von einem ostfriesischen Bauernhof stammt und im Katastrophenjahr 1945 dorthin zurückgekehrt ist, hat in fast vierzigjähriger Arbeit — von 1907 bis 1945 — seine Lebensaufgabe im deutschen Genossenschaftswesen Posens und darüber hinaus im Polen der Zwischenkriegszeit gefunden. Erfüllt von dem anfangs skizzierten genossenschaftlichen Geiste auf christlicher Grundlage, hat er als Leiter und Führer des ländlichen und städti-

schen Genossenschaftswesens das deutsche Wirtschaftsleben anfangs im Posener Lande, später ausstrahlend auf fast ganz Polen, als sein Lebenswerk zusammengefaßt und damit dem erst allmählich zusammenwachsenden Deutschtum in den verschiedenen Teilgebieten des damaligen Polen die wirtschaftliche Grundlage für einen Zusammenhalt gegeben. Diese wohl einmalige genossenschaftliche Leistung hat ihm nicht nur bei den Ostdeutschen — auch bei seinen politischen Gegnern der dreißiger Jahre — allgemeine Anerkennung, sondern auch in polnischen Kreisen eine seltene Hochachtung eingebracht, weil er seine hohe Aufgabe, gebunden an sein christliches Gewissen, ohne engstirnigen Nationalismus stets loyal und fair auch gegenüber dem polnischen Staat erfüllt hat.

Aus Rummangel kann hier auf die Entwicklung und auf den Wirkungsbereich des Posener Genossenschaftswesens im einzelnen nicht eingegangen werden. Aus der Fülle der Tatsachen und Erkenntnisse dieses Werkes auf genossenschaftlichem, wirtschaftspolitischem und sogar kulturellem und kirchlichem Gebiet im deutsch-polnischen Raum der letzten 75 Jahre sei nur folgendes herausgegriffen: Auf deutscher wie auf polnischer Seite haben den genossenschaftlichen Gedanken im Posener Lande zuerst Handwerker und Klein-kaufleute nach dem Vorbilde von Schulze-Delitzsch aufgenommen und fast gleichzeitig um 1860 die ersten städtischen Kreditgenossenschaften gegründet. Die deutsche landwirtschaftliche genossenschaftliche Bewegung in Posen und Westpreußen — wie in ganz Ostdeutschland — begann erst ein Menschenalter später mit zunächst Molkereigenossenschaften, dann mit landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskassen (wesentlich beeinflußt durch die Miquelsche Gründung der Preußischen Centralgenossenschaftskasse 1895 in Berlin) und mit Ein- und Verkaufsgenossenschaften sowohl nach dem Raiffeisen- wie nach dem Offenbacher System. Um 1900 folgte ein Netz der polnischen landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften (Rolniks) im Kampf gegen den jüdischen Produktenhandel.

Während das polnische städtische und ländliche, geldliche und warenmäßige Genossenschaftswesen unter einem „Patron“ (Verbandsdirektor), dem willensstarken Prälaten Wawrzyniak, seit 1892 zusammengefaßt war, war das deutsche Genossenschaftswesen im Posener Lande vor dem Ersten Weltkrieg — ähnlich wie im übrigen deutschen Kaiserreich — auf verschiedene Verbände mit z. T. kaum lebensfähigen Zentralanstalten aufgeteilt, insbesondere durch den unglücklichen Gegensatz zwischen der Raiffeisen- und der Offenbacher Richtung im ländlichen Genossenschaftswesen gespalten. Im neuen polnischen Staat erreichten — im wesentlichen 1925/26 — die Posener deutschen Genossenschaften als erste die freiwillige Einigung der beiden großen Richtungen des ländlichen Genossenschaftswesens und zu gleicher Zeit auch eine Vereinigung mit den deutschen städtischen Volksbanken zu einem Verbände: Städter und Bauern wurden dadurch einander wirtschaftlich und menschlich angenähert und zu gegenseitiger Hilfe auf gemeinnütziger Grundlage zusammengefaßt.

Das Posener deutsche Genossenschaftswesen hat im Polen von Versailles dank der weitschauenden, vertrauenerweckenden und zielbewußten Leitung zweier Männer, des intuitiv schöpferischen und trotz körperlicher Gebrechen willensstarken Dr. Leo Wegener (von 1905—1925) und seines ebenbürtigen Mitarbeiters und Nachfolgers Dr. Friedrich Swart — im Gegensatz zum polnischen

Genossenschaftswesen — nicht nur die Folgen der polnischen Inflation von 1924, des Währungssturzes von 1925, sondern auch der Bankenkrise von 1931, die wegen der folgenden Devisenordnungen auch einen Kreditrückhalt an Danziger und Berliner Banken unmöglich machte, aus eigener Kraft bis zum politischen Sturmjahre 1939 gemeistert und sich sogar seit 1936 stetig wirtschaftlich aufwärts entwickelt. Ende 1936 standen z. B. in der Wojewodschaft Posen — ohne Einrechnung der Zentralen — 356 polnischen Genossenschaften mit 119 109 Mitgliedern, 118,5 Mill. Bilanzsumme, 25,4 Mill. Einlagen, 45,7 Mill. Warenumsatz und 85,5 Mill. l. Milchanlieferung (im Jahr) gegenüber: 460 deutsche Genossenschaften mit 31 310 Mitgliedern bei einer Bilanzsumme von 80,3 Mill., 37,4 Mill. Einlagen, 52,3 Mill. Warenumsatz und jährlichen Milchanlieferung von 105,8 Mill. l. Dabei betrug der deutsche Bevölkerungsanteil mit etwa 225 000 Köpfen nur etwa 11 v. H. des polnischen, bei allerdings mehr als 30 v. H. des Anteils an der landwirtschaftlichen Fläche.

Mit der Verschlechterung der allgemeinen deutsch-polnischen Beziehungen im Winter 1938/39, also bereits vor der Aufkündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes durch das reichsdeutsche Staatsoberhaupt, begann der autoritär regierte polnische Staat aus seiner nationalistischen Einstellung und nach fast zwanzigjährigen Assimilierungs- und Verdrängungstendenzen mit der endgültigen Vernichtung des deutschen Genossenschaftswesens, von Einzelgenossenschaften bis zu den Geldzentralen und dem Revisionsverband. Swart hat seinem Buch Photokopien von polnischen Geheimdokumenten beigegeben, die auf dem Teilgebiet des Genossenschaftswesens beweisen, mit welchen willkürlichen Mitteln die wirtschaftlichen Einrichtungen der deutschen Volksgruppe polonisiert und vernichtet werden sollten und wie stark der Wille des polnischen Staates war, sich der deutschen Minderheit überhaupt zu entledigen. Überzeugend weist Swart nach, daß das deutsche Genossenschaftswesen hieran keine Schuld trifft. Trotz menschlicher Hingabe und Opferfreudigkeit der deutschen Genossenschaftler kommt Swart zu dem nüchternen Schluß, daß die Tage des deutschen Genossenschaftswesens in Polen auch bei einem allgemeinen friedlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen gezählt gewesen wären, wenn nicht die polnische Regierung ihre Haltung gegenüber der deutschen Minderheit grundlegend geändert hätte. Damit wird auch die nicht ausgesprochene Frage beantwortet, ob in einem autoritären, vom Nationalismus getragenen Staate, wie es das Polen der Zwischenkriegszeit war, das Genossenschaftswesen einer Minderheit trotz allen loyalen Verhaltens gegenüber diesem Staate auf die Dauer Bestand haben kann. Und trotzdem sieht Swart mit guten Gründen das deutsch-polnische Verhältnis auch hinsichtlich der Minderheitenfrage nicht als ein für alle Zeiten notwendig feindliches an.

Obwohl nach dem Polenfeldzug 1939 die nationalsozialistische Verwaltung und erst recht die Partei in den eingegliederten Ostgebieten dem deutschen Genossenschaftswesen — entsprechend der Haltung im Altreich — fremd oder abgeneigt gegenüberstanden, an die Spitze des Posener Verbandes ein Parteimann gestellt und Friedrich Swart auf die Leitung der Geld- und der Warenzentrale beschränkt wurde, der Verband auf alle Genossenschaften außerhalb des neugebildeten Warthegaus und auf die städtischen Kreditgenossenschaften verzichten mußte, die ländlichen Kreditgenossenschaften gegenüber den kom-

munalen Kassen zurückgesetzt wurden, beim Warenverkehr der freie Handel gegenüber den Genossenschaften bevorzugt wurde, konnten, dank des in zwanzigjähriger verantwortungsvoller Arbeit erworbenen Vertrauens der alten Geschäftsleitung und dank der Hingabe und uneigennützigigen Mitarbeit der vielen mit ihrer alten und neuen Heimat verbundenen ostdeutschen Menschen, die Posener Landesgenossenschaftsbank sich neben der Sparkassenzentrale zum größten Bankinstitut des Warthegaues entwickeln, der Umsatz der landwirtschaftlichen Warengenossenschaften außerordentlich ansteigen, die Viehzentralen mit den Viehgenossenschaften zwei Drittel der gesamten Viehvermittlung bearbeiten, die Molkereigenossenschaften mit ihren Zentralen sogar 90 v. H. der Milchlieferungen umfassen.

Wenn schließlich für eine zweite Auflage auf einige Ungenauigkeiten und Druckfehler hingewiesen wird, so vermag dies dem Werk keinen Abbruch zu tun. Auf S. 53 Z. 13 handelt es sich nicht um die Deutsche, sondern um die Preußische Zentralgenossenschaftskasse. Zu S. 54 Z. 16: Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse ist erst 1932 in die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse umgewandelt worden. (Übrigens sollte das Wort „deutsch“ im Namen „Deutsche Zentralgenossenschaftskasse“ stets groß geschrieben werden. Zu S. 61 Z. 3: In Kongreßpolen gab es nicht 400, sondern 564 deutsche Volksschulen. Zu S. 144 Z. 10: Die deutsch-polnische Minderheitenerklärung von 1937 ist nicht überraschend gekommen; sie ist monatelang vorbereitet worden und sollte bereits früher veröffentlicht werden. S. 229 Z. 19 lies Sharp statt Sparp.

Eine Landkarte oder kartenmäßige Darstellung würde die Lesbarkeit des Buches fördern.

Hannover

Reinhard Fritsch

Sepp Müller, Das deutsche Genossenschaftswesen in Galizien, Wolhynien und im Cholm-Lubliner Gebiet. (Mit Beiträgen von Georg Faust und Richard Rupp.) Band VII der Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1954. 168 S. Halbl. DM 10,—.

Sepp Müllers Abhandlung über das leider der Vergangenheit angehörende Genossenschaftswesen der kleinen deutschen Volksgruppen in Galizien, Wolhynien und im Cholm-Lubliner Land ergänzt in glücklicher Weise das vorstehend besprochene Geschichtswerk Friedrich Swarts. Als einziger Überlebender, der von 1913 bis Ende 1939 von der Lemberger Genossenschaftszentrale aus (seit 1923 als stellvertretender Verbandsanwalt) die Arbeit des deutschen Genossenschaftswesens in Galizien und Wolhynien verfolgen konnte, war er zur Abfassung dieses genossenschaftlichen Rechenschaftsberichtes (zusammen mit dem 1. Verbandsanwalt Probst D. Georg Faust für die Zeit von 1908 bis 1914) geradezu berufen.

Der mit reichen statistischen Angaben versehene Bericht, dem man nur die Beigabe einer Landkarte wünschte, ist ein klassisches Beispiel dafür, wie der genossenschaftliche Selbsthilfegedanke hier nicht nur dem einzelnen in seinem wirtschaftlichen Existenzkampf diente, sondern die wirtschaftliche und sogar die kulturelle Existenz einer ganzen, wenn auch kleinen Volksgruppe sicherte, welche ihr Genossenschaftswesen in Frontstellung zur fremden Staatspolitik